

Dossier

Kulturelle Bildungspraxis und –qualität: Transformationsprozesse und Chancen durch Corona“

Was vermag Kulturelle Bildung für die Gesellschaft zu leisten? – eine Ermutigung zur politischen Selbstermächtigung

Michael Wimmer, im November 2020

Präambel: Es passiert doch ohnehin viel!

Im Zuge der Verfassung dieses Beitrages erhielt ich von den Herausgeber*innen die Rückmeldung, ich solle doch konkreter beschreiben, was die Akteur*innen kultureller Bildung in der Krise eigentlich anders machen sollten? Was ich konkret meinen würde mit meinem Anspruch, sie sollten „politischer“ werden, zumal bereits jetzt viele von ihnen die digitalen Interaktions- und Kommunikationsräume nutzen und sie auch sonst vielfältige Initiativen ergriffen hätten?

Der Tatsache, das ohnehin vielpassiert, mag ich in keiner Weise widersprechen. Ganz im Gegenteil: Mehr denn je gilt es, die Akteur*innen in schwieriger Zeit zu ermutigen, in ihren methodisch-didaktischen Suchbewegungen nicht nachzulassen und eine gleichermaßen vielfältige wie qualitativ ausgerichtete pädagogisch-ästhetische Praxis zu gewährleisten.

Mir geht es aber um etwas anderes: Mir geht es in diesem Beitrag nicht um die Öffnung eines weiteren Instrumenten-Koffers, der uns trotz Corona-Einschränkungen über den Tag bringt. Vielmehr möchte ich den Vertreter*innen dieses Fachzusammenhanges eine Haltung zumuten, die den Akteur*innen der kulturellen Bildung ins Zentrum eines umfassenden Transformationsprozesses rückt. Für dessen (Mit-)gestaltung macht es wenig Sinn, eine neue Serie vorgestanzter Handlungsanleitungen aus der Sicht eines theoretischen Hochstands in der Szene zu verteilen. Da vertraue ich sehr in die erreichte Professionalität in weiten Teilen des Sektors. Mindestens ebenso wichtig erscheint mit eine wieder stärker politisch bewusste Herangehensweise der Akteur*innen bei der künftigen Ausgestaltung ihres Praxisfeldes. Um das einzulösen, was der Sektor als ein zentrales Lernziel kultureller Bildung verspricht: Selbstermächtigung der Lernenden ebenso wie derjenigen, die sie als Role Models dabei begleiten. Zur Diskussion steht nicht mehr und nicht weniger als die Beanspruchung eines Mandats, das eigene Handeln in seinem, sich gerade dramatisch ändernden (gesellschafts-)politischen Kontext zu verorten, damit diesen zu antizipieren, auf Wirkmächtigkeit zu prüfen und für die eigene Praxis produktiv zu machen. Schlicht: Sich nicht darauf zu beschränken, das eigene Feld zu verteidigen sondern Position zu beziehen und sich – durchaus mit den Mitteln des eigenen Fachbereiches - einzumischen in das, was um uns gerade geschieht.

Am Anfang war das große Erstaunen

Hallo, ist hier jemand? Ein Blick auf die Webseiten verschiedener Einrichtungen der Kulturellen Bildung vermittelt den gespenstischen Eindruck, als sei die Welt stehen geblieben. Während draußen in der Welt die größte Krise der Nachkriegszeit die nationalen Gesellschaften erschüttert, Menschen einer weltweiten Seuche zum Opfer fallen, darüber hinaus Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, ganze Branchen vor dem Ende stehen, Schüler*innen über Monate der Zugang zu den

Schulen verwehrt wird und Regierungen Milliarden schwere Hilfspakete schnüren, um das Wirtschaftsgefüge zu retten, bleiben zumindest die medialen Auftritte der meisten Kulturellen Bildungseinrichtungen davon völlig unberührt. Als hätte das alles mit ihnen nichts zu tun. Einer der zentralen Akteure, die Mercator-Stiftung verkündet mitten im Lock-down „voll Stolz und Freude, Kulturelle Bildung als Teil allgemeiner Bildung in den Strukturen und Qualitätsvorgaben aller 16 Bundesländer nachhaltig verankert zu haben“. Und ihre Repräsentanten nennen das als Grund, warum sie sich jetzt aus dem Fachzusammenhang zurückziehen könne. Und auch auf der Website des „Rates für Kulturelle Bildung“ braucht es einiges Suchvermögen, um auf ein Memorandum zu den Auswirkungen von Corona auf Kulturelle Bildung [„Was uns die Krise lehrt“](#) aus dem April dieses Jahres als einzigem diesbezüglichem Hinweis zu stoßen.

Dem Kulturbetrieb wurde in den letzten Monaten höchst unsanft die Tatsache bewusst gemacht, dass seine Bedeutung in Politik und Gesellschaft als wesentlich geringer eingeschätzt wird als ihre Vertreter*innen das von sich behaupten. Viele von ihnen fanden sich höchst unsanft am unteren Ende der Anspruchsleiter öffentlicher Unterstützungsleistungen wieder. [Lautstark beklagen prominente Künstler*innen](#), dass ihnen trotz höchster Sicherheitsauflagen ihr Publikum genommen wurde. Die politisch Verantwortlichen [in Deutschland](#) ebenso wie [in Österreich](#) reagierten nach einiger Verzögerung mit mehr oder weniger maßgeschneiderten Unterstützungsprogrammen samt Durchhalteparolen. Mit jedem weiteren Tag im Ausnahmezustand steigt aber die Wahrscheinlichkeit, dass das Publikum – jedenfalls in der erforderlichen Anzahl – wieder zurückkommen wird. Ihr Nichterscheinen setzt von einem Tag zum anderen [ein Geschäftsmodell außer Kraft](#), das allzu viele für den Kulturbetrieb Verantwortliche als ewig gültig erachtet haben. Und weit und breit keine kulturpolitische Strategie, wie es weiter gehen könnte.

Im Vergleich dazu scheinen die meisten Akteure der Kulturellen Bildung gleich ganz von der öffentlichen Bildfläche verschwunden. Der Ausfall der meisten schulischen und außerschulischen Kulturaktivitäten erfolgt weitgehend kommentarlos; die Kündigung von Verträgen mit Kunst- und Kulturvermittler*innen erzeugt nur wenig Widerspruch; immerhin bietet die bkj [Hilfestellung im Dickicht der Fördermaßnahmen](#). Also werden wir Zeugen eines Sektors, der in den letzten Jahren viel Kraft dafür aufgewandt hat, sich in einer Nische zwischen Bildung, Kultur und Jugendwohlfahrt einzurichten und jetzt gelähmt erscheint, wenn sich die Aussichten, irgendwann dort fortsetzen zu können, wo ihn eine Pandemie völlig unvorbereitet unterbrochen hat, zunehmend ins Leere laufen.

Wird Kulturelle Bildung jetzt Opfer eines fatalen Tauschs von Selbstverwirklichung gegen Einflusslosigkeit?

In der großen Hoffnung auf Widerspruch bringe ich hier die These ein, dass die aktuelle Realitätsverweigerung des Sektors viel mit seinen Rekrutierungsstrategien zu tun hat. In wohl keinem anderen Fachzusammenhang werden so offensichtlich Träume der individuellen Selbstverwirklichung mit der Akzeptanz eines prekären institutionellen, darüber hinaus sozialen bzw. politischen Standings getauscht. In der Regel am Rand großer Institutionen angesiedelt steht und fällt Kulturelle Bildung mit dem Goodwill von Entscheidungsinstanzen, von denen ihre Akteure ausgeschlossen bleiben. Herausgebildet hat sich so ein die Szenen dominierender obrigkeitlicher Charakter, der Schutz von oben erwartet und sich darüber hinaus darauf beschränkt, über die widrigen Umstände, die von oben gewährt werden, zu rasonieren. Im besten Fall ist es gelungen, einen eigenen Schrebergarten, umgeben von hohen Hecken der Selbstbehauptung irgendwo am Rand der Gesellschaft anzulegen, der jetzt von den politisch Verantwortlichen brutal geschlossen wird.

Um es vorsichtig zu formulieren: Mein Eindruck ist, dass die Fähigkeit zur „Selbstermächtigung“ bei der Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben, die in den Kulturellen Bildungsprogrammen zumeist ganz oben steht, bei denen, die diese organisieren noch nicht an ihr Ende gekommen ist. Ganz offensichtlich haben in den letzten Jahren – noch unter dem Eindruck eines befremdlichen Erstarkens rechtspopulistischer und rechtsradikaler Kräfte – Aufforderungen wie [„Wir müssen politischer werden!“](#) in Bezug auf die politische Bewusstseinsbildung der Akteure bislang nur bescheidene Früchte getragen. Zu stark die Versuchung, sich darauf zu beschränken, das mühsam erkämpfte eigene Terrain zu verteidigen, um jetzt leidvoll darauf hingewiesen zu werden, dass die meisten Menschen, von denen viele vor dem Abgrund ihrer Existenzen stehen, mittlerweile ganz andere Sorgen haben.

Aus institutioneller Sicht ist es nur zu naheliegend, die verbleibenden Kräfte in erster Linie darauf zu konzentrieren, zumindest „Business as usual“ zu mimen, auch wenn die Adressat*innen für das bislang bewährte Programmangebot abhandengekommen sind. Dies wird aber den Niedergang des Sektors in dieser grundstürzenden Phase auf Dauer nicht aufzuhalten vermögen.

Frei nach [Dirk Baecker](#) schlage ich dementsprechend vor, das Versteckspiel zu beenden und sich mit all den vielfältigen Kompetenzen und Erfahrungen, die den Sektor auszeichnen, der Frage zuzuwenden, nein, nicht was die Gesellschaft der Kulturellen Bildung schuldig ist (das Scheitern diesbezüglicher Strategien erleben wir gerade am Beispiel des Kulturbetriebs) sondern umgekehrt, was Kulturelle Bildung für die Gesellschaft in Zeiten von Corona zu leisten vermag. Wenn, wenn nicht jetzt, wäre der geeignete Zeitpunkt, noch einmal darüber nachdenken, welche Leistungen Kulturelle Bildung für eine Post-Corona-Gesellschaft zu erbringen vermag und welche Kontexte dafür handlungsleitend sein könnten. Im Bereich der Kulturpolitik wurden bereits erste Programme aufgelegt, die Akteure des Kulturbetriebs dazu einladen, sich vorerst ausschließlich konzeptive Gedanken ohne Realisierungszwang für eine institutionelle Neubegründung des Sektors zu machen. Siehe etwa die [aktuelle Programm-Palette der deutschen Bundeskulturstiftung](#)

Kulturelle Bildung in den neuen gesellschaftlichen Kontexten

Dafür müssen an dieser Stelle ein paar Hinweise genügen. Es bedarf wenig Phantasie, um zu vermuten, dass die Pandemie zu einer weiteren Verschärfung der sozialen Ungleichheit samt damit verbundener Heterogenisierung der Gesellschaft führen wird. Damit gerät Kulturelle Bildung unweigerlich in einen Machtzusammenhang, der ihre Akteure zur Entscheidung zwingt, anwaltschaftliche Aufgaben gerade für die zu übernehmen, die von der scheinbar unaufhaltsamen Ausschlußdynamik besonders betroffen sind. Dies umso mehr, als die weitere Polarisierung Wasser auf die Mühlen von Rechtspopulisten darstellt. Ihnen ist es bereits lange vor Corona gelungen, den Kulturbetrieb neu zu definieren und als wirksames Vehikel zur gesellschaftlichen Desintegration und damit zur Zerstörung demokratischer Errungenschaften für sich zu nutzen. Umso wichtiger erscheint es, gerade jetzt neue Allianzen zwischen kultureller und politischer Bildung zu schmieden, die über unser traditionelles Kulturverständnis hinauszudeuten vermögen.

Erleben wir gerade einen umfassenden Umbau der Bildungslandschaft?

Seit vielen Jahren wird Bildungseinrichtungen, allen voran Schulen ein, die Lebensperspektiven junger Menschen beeinträchtigender Reformstau attestiert. „Dank Corona“ wird dieser gerade ungeordnet aufgebrochen. Und so erleben wir gerade eine durch äußere Umstände erzwungene Transformation von Schule, der Bildungspolitik weitgehend hilflos hinterherhechelt. Im Eilverfahren

muss dort der technologische Fortschritt nachgeholt werden, der in der Regel die Lehrer*innen und Eltern mehr trifft als die jungen digital Natives. Zu erwarten ist, dass sich frontale Wissensvermittlung auf Dauer zunehmend in den digitalen Raum verlagern wird, während die Bedeutung von Schule als ein sozialer Raum noch einmal beträchtlich zunehmen könnte. Und so kann am Horizont der Erwartungen ein Bild einer Schule als ein offenes Gemeinwesenzenentrum entstehen, dessen Qualität sich im vielfältigen Zusammenwirken mit Künstler*innen, Kultureinrichtungen und vielen anderen Akteuren der Zivilgesellschaft begreift.

Eigentlich ein Eldorado für Kulturelle Bildung, wenn es ihr gelingt, mit seinem didaktischen Instrumentarium möglichst konkret an den Lebensverhältnissen derer, mit denen sie es zu tun hat, anzuknüpfen. Dabei anzunehmen, die Verteidiger der alten Strukturen würden ihre Plätze freiwillig räumen, ist wahrscheinlich eine Illusion. Die Beharrungskräfte, die im Zeichen der Pandemie nochmals auf eine Rückkehr zum Kerngeschäft von Schule pochen („jetzt geht es um die [Verteidigung der harten Gegenstände wie Mathematik und die Naturwissenschaften](#)“), um die soziale und ästhetische Dimension für irrelevant zu erklären, sollte bei den Akteur*innen Kultureller Bildung die Alarmglocken läuten lassen. Und sie erkennen lassen, welchen Einfluss die vorgegebenen ungleichen Machtstrukturen auf ihr Handeln zu nehmen vermögen bzw. wie überfällig es ist, sich diesen auch politisch zu stellen. Dass es dabei Initiativen, denen es gelungen ist, sich - wie die „Kulturschulen“ - in den letzten zu institutionalisieren, leichter fällt, diese Angriffe abzuwehren als das individuelle Engagement einer Lehrkraft, einer von Kündigung bedrohten Kulturvermittlerin oder eines engagierten Sozialpädagogen, dem gerade seine Klientel abhandenkommt, versteht sich fast von selbst.

Während sich aber viele Bildungs-, vor allem aber Kultureinrichtungen noch darin erschöpfen, ihre bewährten Angebote via Streaming an ihre Nutzer*innen heranzutragen, spricht vieles dafür, dass sich das kulturelle Verhalten in einer Welt, in der die Grenzen zwischen physisch real und digital zunehmend verschwimmen, in der Krise noch einmal einer beträchtlichen Veränderung unterliegt. In den neuen, digital vermittelten Kulturräumen werden gerade ganz neue Kommunikations- und Interaktionsformen eingeübt. Als ein neues kulturelles Selbstverständnis werden sie die Nach-Corona-Zeit wesentlich bestimmen und damit wohl auch gravierende Auswirkungen auf das Kulturelle Bildungsangebot haben. Also könnte ich mir vorstellen, dass Akteur*innen des Kulturbereiches, die gerade jetzt die Zusammenarbeit mit der IT-Branche (und damit mit Akteur*innen, die heute Innovation paradigmatisch repräsentieren) suchen, um neue Formate zu entwickeln, eine größere Überlebenschance haben werden als solche, die meinen, sich darauf beschränken zu können, ihr bewährtes Programm nun via Streaming unter die Leute zu bringen.

Kooperation ist das Gebot der Stunde

Es spricht wenig gegen die Vermutung, dass viele öffentliche Haushalte nach dem Ende der Pandemie noch einmal gehörig unter Druck geraten werden. Das aber bedeutet, dass über Kulturelle Bildung noch einmal verstärkte Konkurrenz entlang anderer öffentlicher Aufgaben hereinbrechen wird. Für viele Initiativen ist das ein existenzbedrohlicher Befund, wenn es nicht gelingt, Kooperation zur zentralen Handlungsanleitung zu machen. Das gilt ebenso nach innen und damit dort, wo institutionell verankerte Formen der Kulturellen Bildung im Vorteil sind gegenüber einer Vielzahl an freien Initiativen. Höchste Zeit also, die bestehenden Barrieren innerhalb des Betriebes nieder zu reißen. Und es zeigen sich erste Ergebnisse: Selbst so traditionsreiche große Kulturtanker wie das

Wiener Konzerthaus nutzen die Krise, um neue Kooperationsformen mit Akteuren der Freien Szene zu erproben.

Aber auch nach außen gilt es, neue Kooperationsangebote zu entwickeln, wenn die vielfältigen Kompetenzen Kultureller Bildung als Teil des NPO-Sektors bei der Ausgestaltung sozialer, migrantischer, ökologischer und damit auf Stadt- und Regionalentwicklung gerichteter Initiativen eingebracht werden wollen. Die temporäre Schwächung streng ökonomistischer Sichtweisen bietet für Gemeinwohl orientierten Initiativen neue Legitimationsgrundlagen (So ist der österreichische [Finanzminister Gernot Blümel](#), ansonsten strenger Marktwirtschaftler, ist zu Beginn der Krise mit der Bemerkung aufgefallen, staatliche Hilfsprogramme in einer Höhe „Koste es, was es wolle“ auflegen zu wollen)

Die Pandemie wird eine tief verunsicherte Gesellschaft zurücklassen, die sich auf die Suche machen muss, wie es gelingen kann, mit ihren Ängsten umzugehen. Aus vielen Erfahrungsberichten wissen wir, dass Kulturelle Bildung dafür – im Zusammenwirken mit anderen Politikfeldern – einen Beitrag zu leisten vermag, diesen Ängsten standzuhalten, ja, sie für die Entwicklung gemeinsamer Zukunftsperspektiven produktiv zu machen. Dazu aber müssen ihrer Vertreter*innen die Initiative ergreifen, Kooperationsangebote mit Akteuren anderer Politikfelder entwickeln und sich aktiv einbringen in den öffentlichen Diskurs.

Gefragt ist dafür unter anderem die Bereitschaft, selbst jetzt noch sicher scheinendes Terrain im Rahmen bewährter Konventionen zu verlassen, um so Freiräume für kreative Lösungen zu schaffen. Pionier*innen der Projektpalette [„Corona Futures“](#) können dafür Denkanregungen bieten. Aber manchmal sind es ganz simple Ideen wie die von Kultureinrichtungen, die zuletzt umfängliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen haben, um ihre Publikum nicht zu gefährden und trotzdem gezwungen wurden, ihr Programmangebot auszusetzen. Sie bieten Schulen an, ihre Räume für den Unterricht zu nutzen. [„Mathe im Museum“](#) als Code für die Zuversicht, diese Krise zu meistern und darüber hinaus, dass sich vieles wird ändern müssen, damit es so bleibt wie es ist.

Wir, und nur wir haben es in der Hand.